

Sachbereich: Selbstverwaltungsrecht			
Feinziele: Die Teilnehmenden können	Einzel- stunden	Unterrichtsinhalte	Bezüge zu anderen Lehrgebieten
<ul style="list-style-type: none"> ▪ die Inhalte der Selbstverwaltungsgarantie nach dem GG und nach der LV NRW im Einzelnen erläutern und in praktischen Anwendungsbeispielen veranschaulichen 	2	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gemeindliche Eigenverantwortlichkeit und Hoheitsbefugnisse im Rahmen der Selbstverwaltungsgarantie im engeren Sinne: <ul style="list-style-type: none"> - Gebietshoheit - Organisationshoheit - Finanzgarantie und Finanzhoheit - Planungshoheit - Satzungsautonomie ▪ Selbstverwaltungsgarantie für Kreise und andere Gemeindeverbände 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Personalrecht ▪ Kommunale Einnahmen ▪ Bau- und Planungsrecht
<ul style="list-style-type: none"> ▪ die institutionelle Rechtssubjektsgarantie auf Beispiele anwenden 	1	<ul style="list-style-type: none"> ▪ kein individueller Bestandsschutz 	
<ul style="list-style-type: none"> ▪ die objektive Rechtsinstitutionsgarantie auf Beispiele anwenden 	2	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Garantie der Selbstverwaltung als Rechtsinstitut im Sinne des GG 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Staatsrecht
<ul style="list-style-type: none"> ▪ die verfassungsrechtlichen Schranken der Selbstverwaltungsgarantie erklären 		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Einschränkungen der Selbstverwaltung und staatliche Eingriffsmöglichkeiten „im Rahmen der Gesetze“ 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Staatsrecht

Sachbereich: Selbstverwaltungsrecht			
Feinziele: Die Teilnehmenden können	Einzel- stunden	Unterrichtsinhalte	Bezüge zu anderen Lehrgebieten
<ul style="list-style-type: none"> ▪ das Spannungsverhältnis zwischen kommunaler Eigenverantwortlichkeit und staatlicher Einflussnahme ▪ sowie die Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Eingriffe in praktischen Fällen deutlich machen 		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Verbot von Eingriffen, die den Wesensgehalt der Selbstverwaltung aushöhlen (Kernbereich) ▪ Eingriffsmöglichkeit in den Randbereich 	
<ul style="list-style-type: none"> ▪ die subjektive Rechtsstellungsgarantie und den gerichtlichen Rechtsschutz gegen Eingriffe in das Selbstverwaltungsrecht an Beispielen verdeutlichen 	0,5	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Selbstverwaltungsrecht als subj.-öffentl. Recht ▪ Gerichtlicher Rechtsschutz <ul style="list-style-type: none"> - Verfassungsbeschwerden - Klage beim Verwaltungsgericht gegen Maßnahmen der Aufsichtsbehörde (Querverweis auf weitere Einzelheiten bei der Behandlung der Kommunalaufsicht s. u.) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Allgemeines Verwaltungsrecht ▪ Staatsrecht

Sachbereich: Selbstverwaltungsrecht			
Feinziele: Die Teilnehmenden können	Einzel- stunden	Unterrichtsinhalte	Bezüge zu anderen Lehrgebieten
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stand und Bedeutung der kommunalen Selbstverwaltung in der europäischen Entwicklung skizzieren und die wichtigsten Entwicklungen aufzeigen, die zum Schutz der kommunalen Interessen auf der Europa-Ebene unternommen wurden ▪ die Grundzüge der „Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung“ darlegen 	1,5	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Die unterschiedlichen Ausprägungen kommunaler Selbstverwaltung in den Staaten Europas und mangelnde Europafestigkeit der in Art. 28 Abs. 2 GG formulierten Garantie ▪ Überblick über die bisherigen Bemühungen zum Schutz des Selbstverwaltungsgedankens und der kommunalen Interessen auf europäischer Ebene ▪ grundlegende Inhalte der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Staatsrecht

Sachbereich: Satzungsrecht			
Feinziele: Die Teilnehmenden können	Einzel- stunden	Unterrichtsinhalte	Bezüge zu anderen Lehrgebieten
<ul style="list-style-type: none"> ▪ das Zustandekommen und die Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen einer Satzung erläutern sowie die Folgen von Rechtsfehlern aufzeigen und in praktischen Anwendungsbeispielen umsetzen 	3	<ul style="list-style-type: none"> ▪ formelle Rechtmäßigkeit (ordnungsgemäßes Zustandekommen, Satzungsbeschluss, Mitwirkung der Aufsicht, öffentliche Bekanntmachung) ▪ materielle Rechtmäßigkeit (zulässiger Regelungsgegenstand, Gesetzesvorbehalt, Verhältnismäßigkeit, Bestimmtheit, Rückwirkung, Beachtung der Grundrechte) ▪ Rechtsfolgen bei Fehlerhaftigkeit (Unbeachtlichkeit von Fehlern, Heilung von Fehlern, Nichtigkeit einer Satzung) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Allgemeines und besonderes Verwaltungsrecht
<ul style="list-style-type: none"> ▪ den Rechtsschutz gegenüber Satzungen in praktischen Beispielen darstellen 	2	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Inzidente Satzungskontrolle im Rahmen einer Anfechtungs- oder Verpflichtungsklage, Abstrakte Normenkontrolle, Verfassungsbeschwerde 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Staatsrecht ▪ Allgemeines Verwaltungsrecht

Sachbereich: Auswirkungen der unterschiedlichen Aufgabentypen			
Feinziele: Die Teilnehmenden können	Einzel- stunden	Unterrichtsinhalte	Bezüge zu anderen Lehrgebieten
<ul style="list-style-type: none"> ▪ die verschiedenen Aufgaben im Bereich der Kommunalverwaltung nach ihrer Rechtsnatur systematisieren, die Bedeutung der Unterscheidung in praktischen Beispielen erläutern und <p>gleichzeitig die Querverbindungen zu anderen Lehrgebieten herstellen</p>	3	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Praktische Bedeutung der Unterscheidung hinsichtlich ihrer Rechtsnatur und im Hinblick auf die Aufbringung der Mittel, den Grad der Aufsicht und die Weisungsbefugnisse der Aufsichtsbehörde, die Zuständigkeiten im Widerspruchsverfahren, der Kontrolle des ▪ Aufgabenvollzugs, Amtshaftung u.a.m. 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Allgemeines und besonderes Verwaltungsrecht

Sachbereich: Mitgliedschaft			
Feinziele: Die Teilnehmenden können	Einzelstunden	Unterrichtsinhalte	Bezüge zu anderen Lehrgebieten
<ul style="list-style-type: none"> ▪ ausgewählte Problemfälle zum Einwohnerantrag, Bürgerbegehren, Bürgerentscheid und Ratsbürgerbescheid lösen 	5	<ul style="list-style-type: none"> ▪ formelle und materielle Voraussetzungen für einen Einwohnerantrag, Rechtsmittel gegen die Nichtzulassung, Sachentscheidung des Rates ▪ formelle und materielle Voraussetzungen für ein Bürgerbegehren, insbes. auch Nichtzulässigkeit, Rechtsmittel, Rechtsfragen des Bürgerentscheids/Ratsbürgerbescheids 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Allgemeines Verwaltungsrecht
<ul style="list-style-type: none"> ▪ den Begriff „öffentliche Einrichtungen“ definieren; hinsichtlich der Errichtungspflicht, Rechtsform und Widmung an Beispielen erklären sowie hinsichtlich der Benutzung die Benutzungszulassung und das Benutzungsverhältnis einschl. Zweistufentheorie in praktischen Beispielen anwenden 	4	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Begriffsbestimmung und Abgrenzungen ▪ Verpflichtungen zur Errichtung ▪ Wahlfreiheit zwischen öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Organisationsform ▪ subj.-öffentl. Recht auf Benutzungszulassung und Zulassungsgrundsätze ▪ Wahl und Ausgestaltung des Benutzungsverhältnisses 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Allgemeines Verwaltungsrecht

Sachbereich: Verwaltung der Gemeinden			
Feinziele: Die Teilnehmenden können	Einzel- stunden	Unterrichtsinhalte	Bezüge zu anderen Lehrgebieten
<ul style="list-style-type: none"> ▪ die historischen und rechtlichen Hintergründe für die Vielfalt der Gemeindeverfassungssysteme in der Bundesrepublik erläutern 	1	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Entwicklung unterschiedlicher Kommunalverfassungstypen bedingt durch die kommunalrechtlichen Gesetzgebungskompetenzen der einzelnen Bundesländer 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Staatsrecht
<ul style="list-style-type: none"> ▪ bereits vorhandene Kenntnisse über die Wahl des Rates, des Bürgermeisters und der Bezirksorgane sowie über die Bildung von pflichtigen und freiwilligen Ausschüssen vorweisen und die Wahlvorgänge miteinander vergleichen, dto. für Abwahl, Abberufung und Nachbesetzung 	2	<ul style="list-style-type: none"> ▪ vergleichende Betrachtung i.S.d. Feinziels 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Staatsrecht

Sachbereich: Verwaltung der Gemeinden			
Feinziele: Die Teilnehmenden können	Einzelstunden	Unterrichtsinhalte	Bezüge zu anderen Lehrgebieten
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Rechte sowie Pflichten der Rats-, Ausschuss- und Bezirksvertretungsmitglieder darstellen und ihre Bedeutung anhand von Fällen erläutern, dto. für die sachkundigen Bürger und sachkundigen Einwohner 	3	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Rechtsstellung der Rats-, Ausschuss- und Bezirksvertretungsmitglieder, Bildung von Fraktionen ▪ Rechte (Individualrechte, Gruppenrechte von Mitgliedern oder Rechte als Fraktion) ▪ Pflichten (Pflicht zur gesetzmäßigen Mandatswahrnehmung, Verschwiegenheitspflicht und Verwertungsverbot, Angaben zu den wirtschaftlichen und persönlichen Verhältnissen, Offenbarung einer Befangenheit und Mitwirkungsverbot bei Ausschließungsgründen, besondere Treuepflicht und Vertretungsverbot, Haftung) ▪ Übertragung auf die sachkundigen Bürger/Einwohner 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Staatsrecht

Sachbereich: Verwaltung der Gemeinden			
Feinziele: Die Teilnehmenden können	Einzel- stunden	Unterrichtsinhalte	Bezüge zu anderen Lehrgebieten
<ul style="list-style-type: none"> ▪ die Stellung des Bürgermeisters und seiner politischen und administrativen Vertreter darstellen und ihre Bedeutung anhand von Fällen erläutern 	2	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Rechte des Bürgermeisters gegenüber anderen Organen (Vorsitz, Mitgliedschaft im Rat, Teilnahme-, Rede-, Stimmrecht) ▪ Rechte des Bürgermeisters als Beamter (kommunaler Wahl-/Zeitbeamter) ▪ Pflichten des Bürgermeisters gegenüber anderen Organen (Unterrichtung, Auskunft, Akteneinsicht, Stellungnahme) ▪ Pflichten des Bürgermeisters als Beamter (Dienstpflichten einschl. Befangenheit) ▪ Rechte und Pflichten der politischen Stellvertreter (siehe dazu bei „Ratsmitglieder“) ▪ Rechte und Pflichten der Beigeordneten nach den beamtenrechtlichen Vorschriften sowie hinsichtlich der Sitzungsteilnahme 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Personalrecht

Sachbereich: Verwaltung der Gemeinden			
Feinziele: Die Teilnehmenden können	Einzelstunden	Unterrichtsinhalte	Bezüge zu anderen Lehrgebieten
<ul style="list-style-type: none"> ▪ die Stellung des Ortsvorstehers darstellen und die Bedeutung anhand von Beispielen erläutern 	0,5	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Entschädigungs- und Anhörungsrechte 	
<ul style="list-style-type: none"> ▪ die Rechtsstellung der Mitglieder des Integrationsrates/Integrationsausschusses darstellen und anhand von Beispielen erläutern 	0,5	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Entschädigungsmöglichkeiten und Recht auf Freistellung ▪ Verschwiegenheits- und bes. Treuepflicht ▪ Bindung an Gesetz und Recht 	
<ul style="list-style-type: none"> ▪ die Stellung und Aufgaben des Rates unter gleichzeitiger Abgrenzung der Zuständigkeiten anderer Organe erläutern, Delegationsmöglichkeiten und Rückholrechte aufzeigen sowie das Wissen in praktischen Fällen anwenden 	1	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Der Rat als Vertretungsorgan der Bürgerschaft ▪ Grundsatz der Allzuständigkeit ▪ ausschließliche Zuständigkeiten ▪ übertragbare Aufgaben, Rückholrechte des Rates 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Beamtenrecht

Sachbereich: Verwaltung der Gemeinden			
Feinziele: Die Teilnehmenden können	Einzel- stunden	Unterrichtsinhalte	Bezüge zu anderen Lehrgebieten
<ul style="list-style-type: none"> ▪ die wesentlichen Aufgaben der Ausschüsse und der Bezirksvertretungen darlegen und die entsprechenden Querverbindungen zu den Zuständigkeiten des Rates (s.o.) herstellen 	1	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zuständigkeiten der Ausschüsse (gesetzl. Entscheidungszuständigkeiten, Zuständigkeiten aufgrund gewillkürter Delegation oder ausgeübten Rückholrechts) ▪ Zuständigkeiten der Bezirksvertretungen (gesetzl. Entscheidungszuständigkeiten, Mitwirkungs- und Anhörungsrechte) 	
<ul style="list-style-type: none"> ▪ die Aufgaben des Bürgermeisters als Verwaltungschef erläutern und in praktischen Fällen anwenden 	4	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Die Rolle des Bürgermeisters als Hauptverwaltungsbeamter der Gemeinde und Leiter der Verwaltung ▪ Zuständigkeit für die laufenden und andere kommunale Verwaltungsgeschäfte (laufende und delegierte Geschäfte, unmittelbar durch Gesetz zugewiesene Aufgaben) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Allgemeines Verwaltungsrecht

Sachbereich: Verwaltung der Gemeinden			
Feinziele: Die Teilnehmenden können	Einzelstunden	Unterrichtsinhalte	Bezüge zu anderen Lehrgebieten
		<ul style="list-style-type: none">▪ Dringlichkeitsentscheidungen, staatliche Weisungen, Aufgaben als Inhaber der Organisationsgewalt und Dienstvorgesetzter (Leitung und Verteilung der Geschäfte, Einschränkungen der Organisationsbefugnis in Bezug auf den Geschäftskreis der Beigeordneten, Zuständigkeit des Kämmerers, Einrichtung und Aufgaben der örtlichen Rechnungsprüfung, Einrichtung der Bezirksverwaltungsstellen, Bestellung einer Gleichstellungsbeauftragten, Aufgaben als Dienstvorgesetzter, Einschränkungen bei den „Personalangelegenheiten“ oder Mitbestimmungsrechte des Personalrates)▪ Aufgaben im Rahmen der Organleihe	

Sachbereich: Verwaltung der Gemeinden			
Feinziele: Die Teilnehmenden können	Einzelstunden	Unterrichtsinhalte	Bezüge zu anderen Lehrgebieten
<ul style="list-style-type: none"> ▪ die Außenvertretung und Behördenfunktion des Bürgermeisters auf die Praxis übertragen ▪ die sog. Vertretung im Amt (= administrative Vertretung), die Funktionen der Beigeordneten sowie die Aufgaben des Verwaltungsvorstandes fallbezogen erläutern 	2	<ul style="list-style-type: none"> ▪ der Bürgermeister als gesetzliches Außenvertretungsorgan und allgemeine Behörde der Gemeinde, Besonderheiten der Vertretung bei Verpflichtungsgeschäften und Folgen von Verstößen gegen die Formvorschriften, Sonderfälle der Vertretung, Verhältnis zwischen Außenvertretung und Willensbildung ▪ Allgemeiner Vertreter ▪ Aufgaben der Beigeordneten 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Personalrecht ▪ Allgemeines Verwaltungsrecht ▪ Verwaltungsorganisation ▪ Kommunales Finanzmanagement ▪ Kosten- und Leistungsrechnung

Sachbereich: Verwaltung der Gemeinden			
Feinziele: Die Teilnehmenden können	Einzel- stunden	Unterrichtsinhalte	Bezüge zu anderen Lehrgebieten
<ul style="list-style-type: none"> ▪ die Kontrolle des Rates gegenüber dem Bürgermeister in Beispielen veranschaulichen ▪ die Kontrollfunktion des Bürgermeisters gegenüber Beschlüssen des Rates, der Ausschüsse und Bezirksvertretungen in Beispielen veranschaulichen und das bei kommunalen Organstreitigkeiten in Betracht kommende Kommunalverfassungsstreitverfahren in wesentlichen Grundzügen beschreiben und entsprechende Beispiele nennen 	1,5	<ul style="list-style-type: none"> ▪ allg. Grundsätze und Richtlinien für Bezirksvertretungen und Ausschüsse, Kontrolle der Beschlussdurchführung und aufsichtsbehördlicher Weisungen, Aufhebungsrechte, Initiativrechte zur Abwahl des Bürgermeisters und zur Abberufung von Organwaltern ▪ Widerspruchsrecht, Beanstandungspflicht ▪ Anwendungsfälle und Zulässigkeitsvoraussetzungen des Kommunalverfassungsstreitverfahrens 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Staatsrecht ▪ Allgemeines Verwaltungsrecht

Sachbereich: Verwaltung der Gemeinden			
Feinziele: Die Teilnehmenden können	Einzel- stunden	Unterrichtsinhalte	Bezüge zu anderen Lehrgebieten
<ul style="list-style-type: none"> ▪ das Verfahren des Rates und seiner Ausschüsse erläutern, die Geschäftsordnung erklären und die Erstellung von Sitzungsvorlagen demonstrieren 	1,5	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Das Verfahren im Rat: Häufigkeit der Sitzungen Vorbereitung, Eröffnung, Leitung und Schließung der Sitzung durch den Vorsitzenden (Verweis auf oben) Grundsatz der Öffentlichkeit Beschlussfähigkeit des Rates Abstimmungen im Rat Änderungen bzw. Erweiterung der Tagesordnung in der Sitzung Fertigung einer Niederschrift Sonstige Verfahrensfragen nach der GO und der Geschäftsordnung Verfahren in den Ausschüssen 	

Sachbereich: Staatsaufsicht			
Feinziele: Die Teilnehmenden können	Einzel- stunden	Unterrichtsinhalte	Bezüge zu anderen Lehrgebieten
<ul style="list-style-type: none"> ▪ die Grundsätze des aufsichtsbehördlichen Eingreifens erläutern 	1	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zweck der Aufsicht, Aufsichtsermes- sen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Allgemeines Ver- waltungsrecht
<ul style="list-style-type: none"> ▪ die verschiedenen Aufsichtsmittel und Voraussetzungen darstellen und in Fallbeispielen umsetzen 	2,5	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Die einzelnen Aufsichtsmittel (Unter- richtungsrecht, Beanstandungs- und Aufhebungsrecht einschl. des Ver- fahrensablaufs, Anordnungsrecht, Bestellung eines Beauftragten, Auf- lösung der Vertretungskörperschaft) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Allgemeines und besonderes Ver- waltungsrecht bez. der Fallbeispiele
<ul style="list-style-type: none"> ▪ den Rechtsschutz gegen Aufsichtsmaßnahmen erläutern 	0,5	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Verwaltungsgerichtliche Klagemög- lichkeit bei Verletzung des Selbst- verwaltungsrechts, z.B. Anfech- tungsklage gegen Aufsichtsverfü- gungen, Verpflichtungsklage bei ab- gelehnter aufsichtsbehördlicher Ge- nehmigung – dazu Querverweis zur Selbstverwaltungsgarantie 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Allgemeines Ver- waltungsrecht

Sachbereich: Gemeindeverbände			
Feinziele: Die Teilnehmenden können	Einzel- stunden	Unterrichtsinhalte	Bezüge zu anderen Lehrgebieten
<ul style="list-style-type: none"> ▪ die bereits vorhandenen Kenntnisse über den Rechtscharakter, die Aufgaben und Organe der Kreise, Landschaftsverbände, des Landschaftsverbandes Lippe vorweisen und eine vergleichende Darstellung aufbauen 	4	<ul style="list-style-type: none"> ▪ vergleichende Darstellung im Sinne des Feinziels 	

Sachbereich: Kommunale Gemeinschaftsarbeit und Kommunale Spitzenverbände			
Feinziele: Die Teilnehmenden können	Einzel- stunden	Unterrichtsinhalte	Bezüge zu anderen Lehrgebieten
<ul style="list-style-type: none"> ▪ die Bildung von Zweckverbänden und deren Verfassung veranschaulichen 	2	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bildung von Zweckverbänden zur gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben mit entsprechenden Beispielen ▪ Organe und innere Verfassung eines Zweckverbands (Verbandsversammlung, -vorsteher) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Allgemeines Verwaltungsrecht ▪ Staatsrecht

Sachbereich: Kommunale Gemeinschaftsarbeit und Kommunale Spitzenverbände			
Feinziele: Die Teilnehmenden können	Einzelstunden	Unterrichtsinhalte	Bezüge zu anderen Lehrgebieten
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Arbeitsgemeinschaften, öffentlich-rechtliche Vereinbarungen als weitere Form der kommunalen Gemeinschaftsarbeit skizzieren ▪ die kommunalen Spitzenverbände und deren Zielsetzung beschreiben 		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Grundzüge nach dem GKG ▪ auf Landesebene (NRW Städte- und Gemeindebund, Städtetag NRW, Landkreistag) ▪ auf Bundesebene (Dt. Städte- und Gemeindebund, Dt. Städtetag, Dt. Landkreistag) ▪ Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände ▪ Interessenvertretung, Beratung der Mitglieder, Erfahrungsaustausch 	

54 Einzelstunden Unterricht

1 Klausur à 4 Unterrichtsstunden (180 Min.)

2 Unterrichtsstunden für die Besprechung der Klausur